

# Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung .....	11
B. Wissenschaftlicher Kontext: Gesetzgebungswissenschaft und die Forderung nach einer rationalen Kriminalpolitik.....	15
I. Gesetzgebungswissenschaft.....	15
II. „Rationale Kriminalpolitik“ .....	17
1. Der Begriff Kriminalpolitik .....	17
2. „Rationale Kriminalpolitik“ .....	21
3. Wissenschaftlichkeit und Strafgesetzgebung.....	24
4. Wissenschaftliche Politikberatung durch öffentliche Anhörungen in den Ausschüssen des Bundestags (Hearings) .....	40
5. Wissenschaftliche Politikberatung in der Praxis: Drei Beispiele.....	42
6. Zusammenfassung: Was bleibt von der rationalen Kriminalpolitik?.....	58
III. Politische Kriminalpolitik .....	75
1. Strafrechtsgesetzgebung und Machtpolitik .....	76
2. Handlungsfähigkeit und Tatkraft beweisen.....	77
3. Ohnmacht verbergen .....	82
4. Beschwichtigung und Beruhigung der Bevölkerung: Reaktionen auf Unsicherheitsgefühle .....	83
5. Wertbekenntnisse .....	85
6. Legitimierung staatlicher Macht .....	87
IV. Folgerungen für eine wissenschaftliche Befassung mit der Kriminalpolitik .....	88
C. Die Untersuchung der Anlässe der Gesetzgebung: Problemimpulse und Zielsetzungsphase .....	91
I. Je früher, desto besser: Die Bedeutung der Zielfindungsphase .....	91
II. Problemimpulse.....	92
1. Untersuchungsschwerpunkt: materielle Impulse .....	93
2. Einschränkung der möglichen Aussagen .....	94

3. Begriffe: Problemimpuls, Anlass, Zielsetzung, Auslöser.....	95
4. Problemimpulse als teilweise normative Fragen .....	96
5. Problemdefinition als auch empirische Fragestellung .....	97
6. Problemimpuls und Handlungsbedarf.....	97
7. Zusammenfassung: Der Begriff des Problemimpulses in dieser Arbeit .....	99
III. Untersuchung der Problemimpulse an Beispielen .....	100
1. Ausgangsthese: Bestimmte Problemimpulse als wiederkehrende Faktoren bei der Schaffung neuen Strafrechts .....	100
2. Unmöglichkeit einer vollständigen Erfassung .....	101
3. § 238 StGB.....	101
4. § 52a WaffG .....	107
5. § 89a StGB.....	110
6. Zusammenfassung.....	116
D. Analyse und Diskussion der aufgefundenen Problemimpulse.....	117
I. Risiko und Sicherheit.....	117
1. Zukunftsgewissheit als Leitmotiv .....	117
2. Sicherheit als Leitmotiv .....	122
3. Der Risikobegriff in dieser Arbeit.....	142
4. Sicherheit und Strafrecht.....	149
5. Sicherheit als Problemimpuls.....	156
6. Risiko als Problemimpuls .....	162
II. Opferschutz .....	165
1. Der Begriff des Opfers in dieser Arbeit .....	166
2. Die Wiederentdeckung des Opfers in Strafprozess und Strafgesetzgebung .....	167
3. Potentielle und wirkliche Opfer .....	169
4. Opferschutz als Teil der staatlichen Schutzaufgabe.....	182
5. Täterinteressen versus Opferinteressen.....	183
6. Opferlose Delikte .....	184
7. Zwischenfazit: Opferschutz als Motor repressiver Kriminalpolitik ...	193
8. Opferschutz als Problemimpuls .....	194
III. Ermittlungsparagrafen und Türöffner .....	209
IV. Gesetzgebung zur Lückenschließung.....	211
V. Einzelfallreaktionen .....	213
1. Die Medien als Akteure im Gesetzgebungsverfahren.....	213
2. Gesetzgebungsanlässe oder nur anschauliche Beispiele? .....	214

3. Geschwindigkeit als Folge und als Mittel zum Zweck – Einzelfälle als Auslöser expressiver Politik .....	215
4. Grundsätzliche Einwände gegen Gesetzgebung als Reaktion auf Einzelfälle .....	217
5. Zusammenfassung .....	219
VI. Europarechtliche Impulse .....	220
1. Europäisches Strafrecht .....	220
2. Europäische Einflüsse auf deutsches Strafrecht .....	221
3. Einflüsse durch Tätigkeiten des Europarats .....	222
4. Einflüsse der EU .....	223
5. Fazit: Europas Impulse für das Strafrecht .....	227
VII. Zusammenfassung – Wiederkehrende Gesetzgebungsanlässe .....	229
E. Ergebnisse der Strafgesetzgebung: Versuch der Feststellung einer Tendenz der Strafrechtsausweitung .....	231
I. Zielsetzung: Kriterien der Vorverlagerung .....	231
II. Quantitative Ausweitung strafrechtlicher Verbote .....	232
III. Kriterien einer qualitativen Ausweitung: Vorverlagerung und Ausdehnung .....	232
1. Was ist mit Vorfeld gemeint? .....	233
IV. Dogmatische Einordnung der untersuchten Delikte .....	240
1. § 52a WaffG .....	241
2. § 89a StGB .....	247
3. § 238 StGB .....	254
4. Fazit: Zwei Arten beabsichtigter Vorverlagerung .....	264
F. Der Bezug von Sicherheit, Risiko und Opferschutz zur Vorfeldkriminalisierung mittels abstrakter Gefährdungsdelikte .....	267
1. Sicherheit und Gefährdungsstrafrecht .....	268
2. Risiko als Begründungsansatz für Vorfeldkriminalisierung .....	273
3. Opferschutz und Vorfeldkriminalisierung .....	288
G. Ausblick: Gegenteilstendenzen? .....	289
I. Aktuelle und historische Rolle des Rechtsgutsdogmas .....	289
1. Rechtsgutsbegriff, Rechtsgutstheorie, Rechtsgüterschutzdogma .....	289
2. Der (fast) unstrittige Ausgangspunkt: Rechtsgüterschutz als Aufgabe des Strafrechts und der Kriminalpolitik .....	290

3. Systemimmanente und systemkritische Funktion des Rechtsgutsbegriffs .....	292
4. Inhaltliche Bestimmung des Rechtsgutsbegriffs .....	294
5. Verortung der Rechtsgutstheorie in einer Kritik am Strafrecht .....	296
II. Probleme des Rechtsgutsbegriffs am Beispiel des § 238 StGB .....	299
1. Begriffsweite und Unklarheiten als Hindernis bei der Erfüllung der systemimmanenten Funktion .....	299
2. Begriffsweite und Unklarheiten als Hindernis bei der Erfüllung der systemkritischen Funktion .....	300
III. Das Schutzdogma und die Grenzen der Rechtsgutstheorie .....	301
1. Sicherheit und Rechtsgüterschutz .....	302
2. Opferschutz und Rechtsgüterschutz .....	306
3. Rechtsgüterschutz und Ermittlungsparagrafen .....	309
IV. Gefährdungstraftrecht als Verstoß gegen das Rechtsgüterschutzdogma? .....	311
V. Zusammenfassung .....	313
 H. Ergebnis .....	 315
 Abbildungsverzeichnis .....	 319
 Literaturverzeichnis .....	 321